LANDKREIS HAVELLAND

Landkreise weisen Spekulationen zurück: Keine versteckten Kosten im Rettungsdienst

11.06.2026

Spekulationen, Vermutungen, Unterstellungen - aber **keine Beweise**. In ihrem Beitrag **„Wer zahlt für Fehlfahrten - Kasse, Patient oder Land?“** berichtete die **Märkische Oderzeitung (MOZ)** über **Finanzierungsmodelle des Rettungsdienstes** in einzelnen Landkreisen Brandenburgs. Im Mittelpunkt stehen die Fehlfahrten. Der Artikel bezieht sich auf Aussagen des Landkreises Märkisch-Oderland. Demnach steht die Frage im Raum, wieso in **Landkreisen wie der Prignitz** oder **Elbe-ElsterVereinbarungen mit den Kassengetroffen** werden können, die alle anfallenden Kosten für den Rettungsdienst ausgleichen, aber **keine Fehlfahrten** ausweisen. Schließlich müsse es auch in diesen Kreisen Fehlfahrten geben. Das lege den Verdacht nahe, dass die **Kosten dafür in anderen Posten versteckt** sind.

In einer **gemeinsamen Presseerklärung** weisen die namentlich genannten Landkreise Prignitz und Elbe Elster sowie die LandkreiseHavelland und Ostprignitz-Ruppin die in dem Artikel aufgestellten **Vermutungen und Schlussfolgerungen** zur Finanzierung des Rettungsdienstes **entschieden zurück**. Insbesondere die Behauptung, Kosten für **sogenannte Fehlfahrten könnten in anderen Kostenpositionen „versteckt“** worden sein, **entbehrt jeder Tatsachengrundlage**.

Die Landkreise Elbe-Elster und Prignitz haben gemeinsam mit den Krankenkassen in einem **konstruktiven und rechtssicheren Verfahren** Vereinbarungen geschlossen, die eine Finanzierung der rettungsdienstlichen Leistungen gewährleisten. Dies gilt auch für Landkreise wie das Havelland und Ostprignitz-Ruppin. Die hierfür zugrunde liegenden Kalkulationen entsprechen den **geltenden rechtlichen Vorgaben**.

Die **Landkreisestellen sich hinter ihren Verhandlungspartner**, den **Verband der Ersatzkassen (vdek) Landesvertretung Berlin/Brandenburg**: *„Wir weisen die im Artikel wiedergegebene Spekulation zurück, Krankenkassen müssten gegebenenfalls wegen „Untreue“ verklagt werden. Derartige Vorwürfe sind nicht durch Tatsachen belegt*.“

Rebecca Zeljar, Leiterin der vdek-Landesvertretung Berlin/Brandenburg, erklärt: *„Die Behauptung, Krankenkassen würden rechtswidrige Kalkulationen akzeptieren oder Kostenpositionen bewusst verschleiern, **weisen wir entschieden zurück**. Die in mehreren Landkreisen erzielten Vereinbarungen zeigen, dass tragfähige und rechtssichere Lösungen möglich sind. Voraussetzung dafür sind **Transparenz, gegenseitiges Vertrauen** und die Bereitschaft, **gemeinsam Verantwortung** für eine verlässliche Rettungsdienstfinanzierung zu übernehmen. Diesen Weg werden die gesetzlichen Krankenkassen auch weiterhin konstruktiv begleiten*.“

Mit Verwunderung wird zudem zur Kenntnis genommen, dass sich Vertreter einzelner Landkreise ein **Urteil über Kalkulations- und Verhandlungsmodelle** erlauben, obwohl sie gleichzeitig beklagen, keinen Einblick in diese Verfahren zu haben: „Wer die konkreten Inhalte von Vereinbarungen nicht kennt, **sollte daraus keine weitreichenden Schlussfolgerungen** über deren Rechtmäßigkeit oder Systematik ableiten“, wird weiterhin erklärt.

Statt über angeblich rechtswidrige Konstruktionen zu spekulieren, zeigt die Praxis, dass **tragfähige Lösungen im partnerschaftlichen Dialog** zwischen Rettungsdienstträgern und Krankenkassen **im Interesse der Bürgerinnen und Bürger möglich sind**.

Zurück